

Inhalt

Auf dem Prüfstand – LVR-Sozialdezernat im Visier Seite 3

Mit allen Sinnen – Kreativtherapien im Rheinland Seite 3

In besonderer Mission – Jugendliche aus dem Rheinland pflanzen 25.000 Rosen Seite 4

Kartoffeln als Patengeschenk – Bärbel Höhn in Bergischen Freilichtmuseum Seite 4

Vom Rhein an die Spree – Professor Tilo Held ging in den „Unruhestand“ Seite 4

Festakt zum Jubiläum

Erfolgsgeschichte mit Seltenheitswert

Köln. – „175 Jahre Parlamentsgeschichte gibt es in Deutschland nicht häufig“: So Professor Ewald Frie, Privatdozent im Fachbereich Geschichte der Universität Essen, in seinem Festvortrag vor der Landschaftsversammlung in Köln.

Der „Rheinische Rat“ feierte das „Erste Zusammentreten des Provinziallandtages“ im Jahre 1826. Zwar wurde die regionale Demokratie unterbrochen in der NS-Zeit; Ewald Frie schilderte, wie bereits im Lauf des Jahres 1933 in allen preußischen Provinzen die Vertretungsgremien aufgelöst wurden. Aber sie erstanden neu: Zwar kam die entscheidende Kraft zur Wiederbelebung aus Westfalen aber sie entfaltete auch am Rhein Wirksamkeit als regionaler Dienstleister „zwischen den Anforderungen der Kommunen und den Zugriffswünschen des Staates hindurch.“ Gute Voraussetzungen habe die Selbstverwaltung im Rheinland, um auch in der Zukunft Tradition und Innovation miteinander zu verbinden. Aus der Geschichte – das erfuhren die Regionalpolitiker von heute – ergibt sich Zuversicht als Handlungsorientierung. Eine 52jährige Geschichte hat der Bundestag, so Dr. Frie; mit dem Reichstag als Vorläufer bringt er es auf 130 Jahre, der Nordrhein-Westfälische Landtag ist 45 Jahre alt. Der Rheinische Rat dagegen feierte jetzt ein Jubiläum, das Rückschau bedeutet auf die Rolle der regionalen Selbstverwaltung in den wechselvollen Zeitläuften der vergangenen 175 Jahre. **M.H.**



Festvortrag zum Jubiläum: Professor Ewald Frie. Foto: Ströter

Etat-Entwurf mit 200 Millionen Mark Defizit vorgelegt

Bei der Behindertenhilfe fühlt sich der LVR im Stich gelassen

Köln. – Mit einem offen ausgewiesenen Defizit von rund 200 Millionen Mark im Etatentwurf für 2002 geht der LVR in die anstehenden Haushaltsberatungen. Angesichts der Finanzlage der Kommunen hält es der Direktor des LVR, Udo Molsberger, nicht für vertretbar, die von den Kreisen und Städten erhobene Umlage zu erhöhen. Somit drohen Zwangsmaßnahmen der Landesregierung, falls es nicht gelingt, das Defizit bis zur Verabschiedung des Etats (vorgesehen: 28. Februar) zu beseitigen. Neben einem Haushaltssicherungskonzept kann der Innenminister eine Erhöhung der Umlage anordnen.

Ausführlich ging Molsberger auf das finanzielle Hauptproblem ein, die Kostensteigerungen in der Behindertenhilfe (LVR-Report berichtete hierüber mehrfach). Rund 80 Prozent des LVR-Haushaltes werden für Menschen mit geistiger oder körperlicher



Landesdirektor Udo Molsberger brachte den Etat ein Foto: Ströter

Behinderung, psychisch kranke sowie pflegebedürftige Menschen verwendet. Vor allem die Hilfen für Behinderte in den unterschiedlichen Einrichtungen (Fachbegriff: Eingliederungshilfe) weisen große Kostensteigerungen aus, landesweit nach neuester Statistik zwölf Prozent. Die Zahl der behinderten Menschen, die in Werkstätten arbeiten und in Heimen wohnen, steigt von Jahr zu Jahr, hauptsächlich, weil nun eine Generation von älteren Menschen in diesen

Einrichtungen heranwächst. Molsberger: „Der zur Zeit nur sehr geringe Anteil älterer Menschen in diesen Einrichtungen ist auf die Verbrennen des Nationalsozialismus zurückzuführen.“ Für das Jahr 2005 prognostiziert er landesweit Kosten in diesem Bereich in Höhe von rund 6 Milliarden Mark (derzeit 4,6 Mrd.): „Das können die Kommunen und wir als ihr Verband nicht alleine schultern.“

Genauso vehement wie in den Jahren vor der Einführung der Pflegeversicherung fordern die Landschaftsverbände nun die Unterstützung von Bund und Land bei den Hilfen für Behinderte. Als ersten Schritt wollen sie auch die Zuständigkeit für Hilfen außerhalb der Heime bekommen, damit sie diesen Bereich verstärkt ausbauen können. Derzeit sind hierfür die örtlichen Sozialämter verantwortlich. Die Bündelung dieser Kompetenzen bei den Landschaftsverbänden komme zugleich den Behinderten und den notleidenden Kassen zu-

gute. Vor allem der verstärkte Ausbau des kostengünstigen Betreuten Wohnens soll den Ausgabenanstieg bremsen. Molsberger: „Viele der 39.000 behinderten Menschen in Wohnheimen in NRW sind in der Lage, mit deutlich weniger Betreuung und Versorgung auszukommen. Sie würden auch gerne ein selbständigeres Leben führen.“ Eine weitere Forderung des LVR-Direktors, der bei der Etat-Einbringung den erkrankten Kämmerer Karl Bechtel vertrat, ist im Bereich der Altenpflege die Anhebung der Leistungen der Pflegeversicherung auf das aktuelle Kosten-Niveau. Molsberger: „Die heutigen Leistungen entsprechen den Kosten des Jahres 1992.“

Nochmals verteidigte der LVR-Direktor die in diesem Jahr erlassene Haushaltssperre. Die dramatischen Steuerausfälle und die Ausgabenentwicklung in der Behindertenhilfe hätten diesen harten Schritt notwendig gemacht. Er zeige auch bereits deutliche Wirkungen. **Uwe Steinkrüger**

Verdienste um die regionale Selbstverwaltung

„Ehrenring des Rheinlandes“ verliehen

Köln. – Der „Ehrenring des Rheinlandes“, eine hohe Auszeichnung für Menschen, die sich in besonderer Weise für regionale Selbstverwaltung und damit für den LVR eingesetzt haben, wurde erstmalig verliehen. Preisträger sind Dr. Herbert Schnoor, ehemaliger SPD-Innenminister von Nordrhein-Westfalen, und Dr. Karlheinz Gierden, jahrzehntelang Fraktionsvorsitzender der CDU in der Landschaftsversammlung Rheinland.

Bei der Festveranstaltung würdigte Winfried Schittges MdL, Vorsitzender der Landschaftsversammlung, die Verdienste der beiden Preisträger. Sei Karlheinz Gierden selbst zu einem festen Bestandteil des Landschaftsverbandes geworden, wirkte Herbert Schnoor, aus gebührender Entfernung: von seinem Amtssitz Düsseldorf aus.

Ungewöhnlich sei, dass der Landschaftsverband ausgerechnet einen ehemaligen Innenminister auszeichnet, der ja seinem Amt nach Aufsichtsinstanz ist, so Schittges. „Aber in Ihrem Fall ist das Ungewöhnliche das Naheliegende. Schließlich konnten wir uns Ihres Wohlwollens sicher sein.“ Während seiner 15jährigen Amtszeit – von 1980 bis 1995 – habe Schnoor sich immer für die Kommunen und den LVR eingesetzt. Wie mit einer Schnur (plattdeutsche Bezeich-



Für ihre Verdienste um die regionale Selbstverwaltung erhielten den „Ehrenring des Rheinlandes“ Dr. Karlheinz Gierden (l) und Dr. Herbert Schnoor (r). Die Einzelanfertigungen überreichte der Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland, Winfried Schittges MdL. Foto: Ludger Ströter

nung: Schnoor), habe Schnoor seine Kommunalaufsicht ausgeübt. Meist bot sie Handlungsspielraum, bei Bedarf habe er die Schnur aber auch kräftig und zur Not auch unangenehm angezogen. So nötigte er einmal den Landschaftsverband, die Umlage zu erhöhen, um einen Haushaltsausgleich zu erreichen. „Trotzdem gab es für uns keinen Anlass, an der „Schnoor der Sympathie“ zu zweifeln“, so Schittges.

Die Verdienste Karlheinz Gierdens „um die Menschen im Rheinland, um die Kultur des Rheinlandes und auch um die Entwicklung des LVR“ seien ausschlaggebend für die Verleihung des Ehrenringes an ihn. Gierden habe sich für die Abtei Brauweiler so eingesetzt, dass kürzlich ein Saal

nach ihm benannt wurde. „Den Beteiligten von damals ist jener Tag unvergessen, an dem Dr. Gierden selbst zur Spitzhacke griff und ein erstes Stück der Immunitätsmauer rund um die Abtei niederriss.“

Die Einrichtung eines flächendeckenden Netzes von Sozialstationen, die Pflegeversicherung, die Integration behinderter Kinder im Schulwesen und die Gründung eines Fördervereins für die Romanischen Kirchen Kölns: Diese und ungezählte andere Errungenschaften seien mit Karlheinz Gierden verbunden, so Schittges.

Die Preisträger erhielten goldene Ringe mit einem Achat (Schnoor) bzw. einem Jaspis (Gierden). Die Steine hatte der Kölner Goldschmied Rudolf Klein im Rhein gefunden. Jeder der

Ehrenringe, die künftig einmal pro Jahr verliehen werden, ist ein Unikat. Gemeinsam ist ihnen das Wappen des LVR.

„Dankbar und bewegt“ zeigte sich Karlheinz Gierden, der sich selbst als „Rheinländer von Geblüt und Gemüt“ bezeichnete, über die hohe Auszeichnung. „Der LVR ist meine politische Heimat.“ Er selbst würdigte die Amtsführung des zweiten Preisträgers, Herbert Schnoor. Schnoor habe seine „Aufsicht nicht mit Nachsicht, sondern mit Umsicht“ ausgeübt.

Der im ostfriesischen Aurich geborene Herbert Schnoor bezeichnete es als besondere Ehre, als Zugereister den „Ehrenring des Rheinlandes“ zu erhalten. Aber dieser Vorgang sei eben typisch für das Rheinland, das schon seit römischer Zeit Fremde freundlich aufgenommen habe. Schnoor betonte die Bedeutung der Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen, die – im Interesse der Menschen – ebenso wie die Gemeinden, Kreise und Länder „lebensfähig und leistungsfähig“ bleiben müssten. **Sabine Cornelius**

Finanzgebaren Land und Bund

Scharfe Kritik am „Finanzgebaren nach Gutsherrenart“ der rot-grünen Landesregierung ist nun mehr als angebracht. In der ersten rheinischen Kommunalkonferenz, die die CDU-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland gemeinsam mit der kommunalpolitischen Vereinigung durchgeführt hat, wurde dies deutlich. Fraktionsvorsitzender Paul Heidrich konnte zusammen mit dem Landesvorsitzenden der CDU in NRW, Dr. Jürgen Rüttgers, die Spitzen der Kreise und Städte begrüßen. Alle beklagen eine ähnlich schwierige Haushalts-situation aufgrund struktureller Mehrbelastungen. Bund und

Land ziehen sich aus ihrer Verantwortung zurück. Die Kommunale Selbstverwaltung ist dadurch gefährdet. Hat sich in seinen Gründerjahren der LVR zu 56% aus der Umlage finanziert und lag die Schlüsselzuweisung des Landes bei 44%, so stellt sich dies heute völlig anders dar. Der Anteil der Landschaftsumlage ist kontinuierlich auf 85% gestiegen, während das Land seine Zuschüsse an den Ausgaben auf gut 15% zusammengestrichen hat. Gleichzeitig haben beide Landschaftsverbände in der Behinderten- und Altenpflege ständig neue Aufgaben zugewiesen bekommen. Hinzu kommen steigende Fall-

zahlen und damit eine Kostenlawine in der Integration behinderter Menschen. Bund und Land entlasten ihren eigenen Haushalt auf dem Rücken des LVR und seiner Mitgliedskörperschaften. Dringender denn je muss heute eine Gemeindefinanzreform stattfinden. Doch die Regierung Clement verharrt im Nichtstun und hofft auf eine bessere Konjunkturlage. Heute handelt die Landesregierung nach dem Prinzip: Einsparen zu Lasten von behinderten und alten Menschen. Die Nähe am Bürger ist die Stärke und der Auftrag für die Kommunale Familie. Wer die Kompetenzen der Landschaftsverbände nicht

nutzt, und seine Aufgabenbereiche auf solch drastische Weise schwächt, der macht sich nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch bei allen politisch Handelnden im Land und nicht zuletzt beim Wähler unglaubwürdig. In einer solchen Politik liegt einmal mehr der soziale Sprengstoff, der uns zukünftig noch viel mehr Sorgen und unter dem Strich auch Kosten bereiten wird. Die Probleme, die der Landschaftsverband hat, sind keine hausgemachten Probleme. Die CDU-Fraktion wird sich deshalb auch in den anstehenden Haushaltsberatungen dafür einzusetzen, die schwierige Haushaltslage zu verbessern,

Für die **CDU**



Frank Boss

damit die befürchtete Belastung auf die Mitgliedskörperschaften so gering wie möglich gehalten werden kann.

Identitätsstiftende Gesten

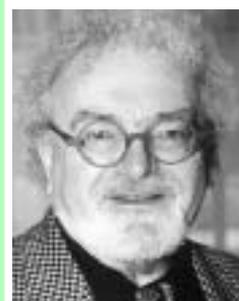
Nicht immer sind es die großen Entscheidungen, die Auskunft geben über Beschaffenheit, Eigenart und Zielsetzungen einer Institution – viel häufiger sind es die kleinen und unscheinbaren Gesten, die ihr Wesen charakterisieren. Solche eher unbedeutende Ereignisse waren einstimmige Beschlüsse des Kultur- und Sozialausschusses: Am 24.10.2001 hat der Kulturausschuss grünes Licht gegeben für die Anregungen von Winfried Schittges, MdL, Vorsitzender der Landschaftsversammlung des LVR und von Landesdirektor Udo Molsberger, das Foyer des Landshauses sowie die anderen Gebäude

der Zentralverwaltung in Deutz vermehrt für Ausstellungen zu nutzen. Wenn solche Ausstellungen spontan, unbürokratisch und im Wesentlichen von den Ausstellern selbst durchgeführt werden, fallen wenig Kosten an. Der Schulausschuss hat am 31.10.2001 nachgezogen und einstimmig den Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, dass die Schulverwaltung des LVR bei den 43 Rheinischen Schulen dafür wirbt, dass sie von den neuen Ausstellungsmöglichkeiten Gebrauch machen und ihre im Unterricht gestalteten künstlerischen Arbeiten in den zentralen Verwaltungsgebäuden des LVR ausstellen.

Die SPD führt gute Gründe für ihren Antrag ins Feld:
· Gerade im Bereich künstlerischer Gestaltung können die Schulen des LVR mit allen anderen Schulformen mithalten.
· Die Rheinischen Schulen sind tragende Säulen des Kommunalverbandes – was ihr Einsatz für den Erhalt des LVR eindrucksvoll bewiesen hat. Wenn Mitarbeiter und Besucher der Deutzer Verwaltungsgebäude durch die Ausstellung gehen, erfahren sie, was die Rheinischen Schulen können.
· Ausstellungen von jungen Menschen garantieren gelungene Vernissagen und ziehen erfahrungsgemäß

zahlreiche Besucher an.
· „Kunstwerke“ von behinderten Menschen sind es wert, ausgestellt zu werden. Das hat die Wanderausstellung „Momente der Begegnung“ eindrucksvoll bewiesen. Sie hat Tausende angezogen und überregionale Beachtung gefunden. Schul- und Kulturpolitiker im LVR hoffen, dass ihre einstimmig beschlossenen kleinen Gesten auch richtig verstanden werden.
* Schule und Kultur haben identitätsstiftende Bedeutung für den LVR: so werden Ausstellungen der Rheinischen Schulen zeigen, dass der LVR weniger ein Verwaltungsgigant als eine

Für die **SPD**



Günter Hentschke

Einrichtung für hilfsbedürftige Menschen ist, die Hilfe verdient haben.

Mehr Selbstbestimmung – Weniger Kosten

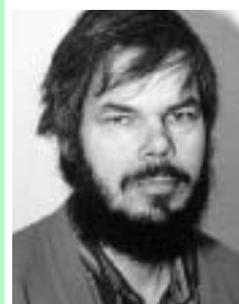
Eines der wichtigsten sozialpolitischen Anliegen der Grünen Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland ist es, dass Menschen mit Behinderungen dabei unterstützt werden, ein eigenverantwortliches Leben in Selbstständigkeit zu führen. Wir setzen uns dafür ein, dass individuell angepasste Hilfeangebote ausgebaut werden und perspektivisch die Heimplätze in Nordrhein-Westfalen unbedingt reduziert werden. Wir hatten deshalb schon in der vergangenen Haushaltsberatung 300 zusätzliche Plätze im Betreuten Wohnen gefordert, um Selbstbestimmung zu fördern und um

unnötige Kosten zu sparen. Die CDU lehnte kategorisch ab. Statt neue Heimplätze zu planen und zu finanzieren, muss das ambulante betreute Wohnen ausgebaut werden. Aus diesen Gründen heraus haben sich beide Landschaftsverbände bereiterklärt, auch die Pflichtzuständigkeit für die ambulanten Hilfen in der Zukunft zu übernehmen, welche derzeit bei den Kreisen und kreisfreien Städten liegt. So können kurzfristig Unterschiede in der Versorgung überwunden werden und landesweit ähnliche Lebensverhältnisse hergestellt werden, wobei Die Bündnisgrünen

darauf achten werden, dass die örtliche Ebene in die Versorgungsplanung einbezogen wird. Im Rheinland würde die Kostenübernahme von 25% beim örtlichen Sozialhilfeträger entfallen und eine zeitsparende Verwaltungsvereinfachung möglich. Durch die Altersentwicklung wachsen immer mehr Menschen in die Eingliederungshilfe hinein, es gibt dringenden Handlungsbedarf. Bei der Vorstellung des Haushaltes vor den Mitgliedskörperschaften hat Landesdirektor Molsberger zu Recht das Betreute Wohnen als einen Ausweg aus der Finanzmisere der kom-

munalen Familie beschrieben. Bündnis 90/Die GRÜNEN werden in den kommenden Haushaltsberatungen erneut fordern, die Ambulanten Hilfen zum Betreuten Wohnen verstärkt zu fördern. Wir hoffen, dass die CDU im LVR diesmal diesen Sparvorschlag unterstützt und sich den Interessen der kommunalen Familie nicht verweigert. Und an den Landtag haben wir die dringende Bitte, uns durch die Zusammenführung von Aufgaben- und Finanzverantwortung im Bereich Wohnen bei den Landschaftsverbänden in der Überwindung der Finanzprobleme zu helfen.

Für **BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**



Martin Kresse

Kommunen sitzen im selben Boot

In den letzten Wochen erhielten alle Mitglieder der Landschaftsversammlung Post von Bürgermeistern und Landräten im Rheinland, verbunden mit der Aufforderung, sich für eine Senkung der Landschaftsumlage einzusetzen. Hintergrund: Die Umlage sei im Jahre 2001 nicht in dem Umfang gesenkt worden, wie es der finanziellen Entlastung des LVR durch die Aufgabenverlagerungen des 2. Verwaltungsmodernisierungsgesetzes entsprochen hätte. Aus der Sicht der Kommunen hätte die Umlage entsprechend der Entlastung von 460 Mio. DM um 2,3% Punkte niedriger ausfallen müssen,

während der LVR nur um 1,5% Punkte, entsprechend 300 Millionen Mark senkte. Eine höhere Senkung der Umlage war nach Auffassung aller Fraktionen der Landschaftsversammlung nicht zu verantworten, weil den Entlastungen infolge erheblicher Fallzahl- und Kostensteigerungen in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen Mehrausgaben in Höhe von 146 Millionen Mark gegenüberstanden. Derzeitige Prognosen, die bis Jahresende 2001 sogar von einem zusätzlichen Defizit von weiteren 88 Millionen Mark ausgehen, bestätigen die Richtigkeit dieser Einschätzung.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Zahl behinderter Menschen kontinuierlich ansteigt, weil ihre Lebenserwartung aufgrund des medizinischen Fortschritts zunimmt. Mithin werden auch die Aufwendungen für die Betreuung behinderter Menschen wachsen. Wir müssen die Leistungen zur Integration behinderter Menschen als gesamtgesellschaftlichen Auftrag begreifen. Allerdings muss die Frage erlaubt sein, ob die Leistungen noch allein von der kommunalen Familie geschultert werden können. Städte und Gemeinde, Kreise und Landschaftsverbände sitzen im selben Boot. Die drastischen Einnahme-

einbußen der Städte und Gemeinden durch den Einbruch der Gewerbesteuer treffen auch Kreise und Landschaftsverbände. Ebenso die fortgesetzte Übertragung zusätzlicher Aufgaben durch kostenträchtige Leistungsgesetze des Bundes und des Landes ohne entsprechende Gegenfinanzierung. Wann sind die Aufwendungen, die die Kommunen für die staatliche Aufgabenübertragung aufbringen, eigentlich einmal quantifiziert worden? Gemeinsam mit den Spitzenverbänden darf die kommunale Familie nicht nachlassen, die längst überfällige Neuordnung der Finanzbeziehungen zwi-

Für die **FDP**



Martin Klein

schen Bund und Ländern sowie den Städten und Gemeinden und Kommunen zu fordern.

LVR-Tagung : „Mit allen Sinnen“

Kreative Therapien fördern Heilungsprozesse



Der LVR fördert in seinen Einrichtungen den Einsatz von kreativen Behandlungsformen wie zum Beispiel der Kunsttherapie. Foto: Ströter

Köln. – Tanzen, malen, Theater spielen oder Musik machen – das alles gehört in den Kliniken und Heimen des LVR heute zu Behandlungsformen für psychisch kranke und geistig behinderte Menschen. Mit den gemeinsamen Wurzeln und Perspektiven dieser Therapieformen beschäftigte sich die LVR-Tagung „Mit allen Sinnen – Kreativtherapien im Rheinland“.

150 Fachleute aus den Niederlanden, Großbritannien und Deutschland nahmen an dem Symposium teil. Der LVR setzte damit eine Veranstaltungsreihe fort, die 1995 mit der Tagung „Kunst und Therapie im Rheinland“ in Düren begonnen hatte. Für die Ta-

gung hat der LVR einen Film drehen lassen, der die verschiedenen Kreativtherapien in den LVR-Einrichtungen vorstellt. Die Dokumentation hatte auf der Tagung Premiere.

„Die Kreativtherapien fördern die Heilungsprozesse und steigern die Lebensqualität unserer Patienten. Daher setzt der LVR diese modernen Behandlungsmethoden in seinen Einrichtungen zunehmend ein“, erläuterte LVR-Gesundheitsdezernent, Landesrat Rainer Kukla. Ziel des Symposiums sei es auch gewesen, so Hartmut Hohm aus dem LVR-Gesundheitsdezernat, die verschiedenen Berufsstände und Schulen näher zusammenzubringen, um einheitlichere Strukturen zu erlangen. **sob**

Umfrage zum LVR-Sozialdezernat:

Kompetent, freundlich, aber auch etwas bürokratisch

Köln. – Sie sind sehr kompetent und freundlich – die Sachbearbeiter im Sozialdezernat des LVR. Das ergab eine Befragung des infas-Institutes bei 237 Einrichtungen der Behindertenhilfe im Rheinland. Die Ergebnisse der von den beiden Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen Lippe (LWL) gemeinsam durchgeführten Untersuchung wurden jetzt vorgestellt.

Insgesamt fällt das Urteil positiv aus. Es erklingen aber auch kritische Töne: Während im Schnitt 90 Prozent der Befragten „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ waren mit der Freundlichkeit der Sachbearbeiter und rund 82 Prozent ihre Fachkompetenz lobten, waren 30 bis 40 Prozent unzufrieden

mit den langen Bearbeitungszeiten. In der infas-Befragung wurden im August und September Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen und Werkstätten für behinderte Menschen im Rheinland gebeten, ein Urteil über die Arbeit der zuständigen LVR-Stellen und ihrer 375 Mitarbeiter abzugeben. Die Beteiligung war gut: 90 Prozent machten bei der Telefonumfrage mit. Gefragt wurde auch nach dem Image des LVR. Ergebnis: Der regionale Kommunalverband ist zuverlässig und partnerschaftlich, aber auch ein wenig bürokratisch und nur teilweise innovativ. Gute Noten erhielten die Sachbearbeiter außer für ihre Fachkompetenz und die Freundlichkeit auch für verständliche Bescheide.

Lob gab es für die Pünktlichkeit der Zahlungen. Insgesamt bescheinigten rund drei Viertel der Befragten dem LVR, dass er „ernsthaft am Wohl der behinderten Menschen interessiert ist und nicht nur seine gesetzliche Aufgaben wahrnimmt“. „Mit der Befragung zeigen wir, wie ernst wir es meinen mit unserem Anspruch, Dienstleister zu sein für die Menschen im Rheinland“, sagt die LVR-Sozialdezernentin Martina Hoffmann-Badache. Handlungsbedarf sieht sie außerdem bei der Verkürzung der Bearbeitungsdauer und der Erreichbarkeit. Paul Heidrich (CDU), Vorsitzender des LVR-Sozialausschusses, forderte die Vewaltung auf, Konsequenzen aus der Umfrage für die zukünftige Arbeit zu ziehen. **sob**

Lob gab es für die Pünktlichkeit der Zahlungen. Insgesamt bescheinigten rund drei Viertel der Befragten dem LVR, dass er „ernsthaft am Wohl der behinderten Menschen interessiert ist und nicht nur seine gesetzliche Aufgaben wahrnimmt“.

„Mit der Befragung zeigen wir, wie ernst wir es meinen mit unserem Anspruch, Dienstleister zu sein für die Menschen im Rheinland“, sagt die LVR-Sozialdezernentin Martina Hoffmann-Badache. Handlungsbedarf sieht sie außerdem bei der Verkürzung der Bearbeitungsdauer und der Erreichbarkeit. Paul Heidrich (CDU), Vorsitzender des LVR-Sozialausschusses, forderte die Vewaltung auf, Konsequenzen aus der Umfrage für die zukünftige Arbeit zu ziehen. **sob**

Beethoven-Haus freut sich über Finanzspritze

Landschaftsverband unterstützt Stiftung mit 400.000 Mark



Freuten sich über die Unterstützung für das Beethoven-Haus (v.r.): Udo Molsberger, Andreas Eckhardt und Jochem von Usler Foto:Gerhards

Bonn. – In zufriedene Gesichter konnte man im Beethoven-Haus Bonn blicken, als Udo Molsberger, Landesdirektor des Landschaftsverbandes Rheinland einen 400.000-Mark-Scheck an Professor Andreas Eckhardt, Direktor des Beethoven-Hauses, überreichte. Der Bonner Kulturdezernent Hans-Jochem von Usler, der in diesen Tagen pensioniert wurde, freute sich ebenfalls über die Unterstützung: So hatte er

doch den Antrag beim LVR gestellt, dessen Zusage nun wiederum den Bonner Haushalte entlastet.

Mit dem Geld wird die Stiftung des Hauses unterstützt. Diese hatte sich 1999 mit dem Ziel gegründet, die laufende Arbeit des Beethoven-Hauses Bonn zu sichern. Der LVR, Träger der regionalen Kulturpflege, möchte damit auch ein „kulturpolitisches Signal“ für ein weiteres Engagement von privater Seite setzen, so Molsberger. **BK**

Lidice – Ort der Vernichtung, Ort der Begegnung:

Jugendliche pflanzen 25 000 Rosen

Düsseldorf. – Ende Oktober rollte der vorerst letzte Bus vom Rheinland aus nach Lidice. An Bord waren Auszubildende aus Essen und Düsseldorf mit ihren Handwerksmeistern.

Ihr Ziel: Im tschechischen Lidice, einem der Orte, wo die Nationalsozialisten in einem Vergeltungsakt nahezu die komplette Bevölkerung ermordeten, Tausende von Rosen zu pflanzen. Im Laufe von sechs Wochen waren rund hundert Jugendliche aus dem Rheinland in mehreren Gruppen umschichtig nach Lidice ge-

reist, um mit ihrer Arbeit am Rosengarten einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung des Mahnmals von Lidice zu leisten. Begonnen hatte alles mit dem Ziel des Landesjugendhilfeausschusses, in Tschechien Partner für einen Jugendaustausch zu finden. Als die Delegation auf den völlig verwilderten Rosengarten am Mahmal von Lidice stieß, hatte sie viel mehr gefunden: Ein Betätigungsfeld für die Jugendlichen der Jugendberufshilfen des LVR und anderer Jugendhilfeeinrichtungen. In Lidice können Jugendliche, die bislang kaum Zugang zur Geschichte Deutschlands

gefunden haben, über das konkrete Tun Interesse am Schicksal Lidices entwickeln. Aber auch die Begegnung mit tschechischen Jugendlichen war ein wichtiges Ziel der Besuche. „Natürlich gab es dabei Sprachprobleme, aber die gemeinsame Arbeit erleichterte die Verständigung untereinander“, beobachtete Klaus Amonet vom Landesjugendamt. Er ist überzeugt, dass auch die Auseinandersetzung mit der deutschen und tschechischen Geschichte für die beteiligten Jugendlichen von nachhaltiger Bedeutung sei. Mit der Vollendung des Rosengartens und eines Spielplatzes im wieder aufgebauten Dorf Lidice sind die Aktivitäten des Landschaftsverbandes in Lidice aus Sicht von Landesrat Markus Schnapka nicht abgeschlossen. Ein bereits vor 15 Jahren begonnenes Dokumentationszentrum von im Dritten Reich zerstörten Städten in Europa soll in Lidice fertig gestellt werden, so die Idee, die einer Förderung aus Brüssel bedürfte. „Für die Jugendhilfe in Europa und den internationalen Jugendaustausch kann Lidice zukünftig eine zentrale Rolle einnehmen“, so Schnapka. **Sabine Cornelius**



Landesrat Schnapka (l.) und Jugendministerin Fischer bei der Verabschiedung der Jugendlichen Foto:Medienzentrum

Auszeichnung zum ersten Mal verliehen

Albert-Steeger-Stipendium an Nachwuchsforscher



Mit dem Albert-Steeger-Stipendium des Landschaftsverbandes Rheinland zeichnete der Vorsitzende der Landschaftsversammlung Winfried Schittges MdL jetzt Dr. Volkhard Wille (l.) und Dr. Stephan Laux (r.) aus. Das Stipendium ist in diesem Jahr erstmalig mit 10.000 Euro dotiert. Bisher betrug die Förderung 10.000 Mark. In der Feierstunde im Beisein von Landesdirektor Udo Molsberger im Rittersaal der Krefelder Burg Linn würdigte Schittges die wissenschaftlichen Arbeiten der Nachwuchsforscher. Die jungen Stipendiaten stellten ihre Projekte vor. Foto: Ströter

Ausstellungen des LVR im Rheinland

Rheinische Industriemuseen Oberhausen

„In Fabryt - Ford im Rheinland“, Ausstellung vom 27. September 2001 bis 17. März 2002

„Kommet, ihr Hirten“, 7. Dezember 2001 bis 13. Januar 2002

Ratingen

„Charleston-Kleid und Tippmamsell - Mode und modernes Leben der 20er Jahre“, Ausstellung bis 30. Dezember 2001

Solingen

„FabrRadZeit“, Ausstellung zur Mobilität, bis 9. Juni 2002

Freilichtmuseen

Kommern

„Schöne Neue Welt - Rheinländer erobern Amerika“, Ausstellung bis Herbst 2002

„Arbeit - ein Kinderspiel?“ Arbeit im Spiegel des Kinderspielzeugs, Ausstellung im Handwerkerhaus Henkel bis 31. Dezember 2001

Regionalmuseum Xanten

Radierungen und Aquarelle von Hermann Josef Keyenburg, Ausstellung bis Dezember 2001

Sitzungstermine

DEZEMBER 2001

4.12.	9.30	Sozialausschuss
5.12.	8.30	Vergabeausschuss
5.12.	9.30	Finanz- u. Wirtschaftsausschuss
6.12.	9.30	Landesjugendhilfeausschuss
10.12.	9.30	Ausschuss für Personal u. allgem. Verwaltung
13.12.	10.15	Landschaftsausschuss
14.12.	9.30	Ausschuss für die Rheinischen Heilpädagogischen Heime
17.12.	9.30	Bauausschuss im Rheinischen Industriemuseum Oberhausen
18.12.	9.30	Ausschuss für Beschwerden und Anregungen
19.12.	9.30	Schulausschuss
20.12.	9.30	Ausschuss für interregionale und kommunale Zusammenarbeit

IMPRESSUM

Landschaftsverband Rheinland, Presseamt, 50663 Köln, Landeshaus, Kennedy-Ufer 2, Tel. 02 21/8 09 27 81 Fax. 02 21/8 09 28 89 e-mail: info@lvr.de

Redaktion: Klaus Jacobi (verantwortlich), Sonja Borghoff-Uhlenbroich, Sabine Cornelius, Maria Heer, Achim Hermes, Birgit Karg, Uwe Steinkrüger, Peter Worms Ludger Ströter (Foto)

Layout und Produktion: assenmacher network gmbh, 50667 Köln, Komödienstraße 44

Druck: Weiss-Druck+Verlag, 52156 Monschau, Industriestraße, Nachdruck kostenlos.

Die Beiträge der Fraktionen liegen in der Verantwortung der jeweiligen Autoren.

Bärbel Höhn im Bergischen Freilichtmuseum

Ein Treffen der ganz besonderen Art

Lindlar. – „Ich komme heute meinen Pflichten als Patin nach“, entgegnete die nordrhein-westfälische Umweltministerin Bärbel Höhn augenzwinkernd auf die Frage nach dem Grund ihres Besuchs im Bergischen Freilichtmuseum Lindlar. Tatsächlich lebt dort seit Mai dieses Jahres die Bunte Bentheimer Sau namens Bärbel – ein Geschenk von Bündnis 90/Die Grünen der Landschaftsversammlung, dessen Patenschaft Bärbel Höhn gerne übernahm. „Wir haben einige gemeinsame Eigenschaften – wir sind beide robust und stressresistent“, so der Eindruck von Höhn nach dem Besuch am Gehege des Borstenviehs. Ihr Patengeschenk, Kartoffeln und Äpfel, wurden von der Sau mit Gegrünze und Geschmatze vertilgt.



Mit Geschmatze verschlang die Bunte Bentheimer Sau namens Bärbel die Kartoffeln und Äpfel, mit denen sie von Umweltministerin Bärbel Höhn gefüttert wurde. Foto: Ströter

Doch der Besuch der Ministerin, die erstmals im Freilichtmuseum war, hatte natürlich auch einen fachlichen Hintergrund, wie Landesrat Dr. Gert Schönfeld in seiner Begrüßung feststellte. „Der Landschaftsverband Rheinland, der sich ja auch mit umweltpolitischen Fragen beschäftigt, freut sich sehr, dass Sie die Tagung zur Erhaltung alter Haustierrassen als ebenso wichtig erachten.“ So ließ

es sich die Ministerin nicht nehmen, nach einer Rundfahrt im Planwagen, im Tagungszelt zu sprechen. Und worüber sie sprach, konnten die Besucher vor Ort besichtigen, denn hier waren einige der alten Haustierrassen zu sehen.

Unter dem Geblöke der Brillenschafe, dem Gegrünze der roten Wollsau und dem Wiehern der Kaltblüter berich-

tete die Ministerin über die Ansätze der Landesregierung zur umweltgerechten Erzeugung und zum Erhalt der gefährdeten Haustierrassen.

„Wir Menschen haben uns die Erde untertan gemacht und vor allem in den letzten hundert Jahren in das genetische Potenzial der Tiere eingegriffen – teilweise sind so Rassen mit negativen Eigenschaften entstanden

oder das breite Spektrum der Eigenschaften wurde reduziert“, erklärte die bündnisgrüne Umweltministerin Höhn. Konkret fördere die Landesregierung mit Hilfe von EU-Mitteln den Erhalt alter Haustierrassen mit einer Summe von 500.000 Mark, um so Tiere mit besonders vielfältigen und robusten Eigenschaften wieder hervor zu heben. Birgit Karg

Bonner Kinder- und Jugendpsychiatrie

Rheinische Kliniken verabschieden Professor Held

Bonn. – In den Rheinischen Kliniken Bonn lagen im vergangenen Monat freudige und schmerzliche Ereignisse nah beieinander: Erst feierte die Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie ihr 75-jähriges Bestehen. Dann traf man sich wieder im Festsaal, um Professor Dr. Tilo Held, den Ärztlichen Leiter des Hauses, zu verabschieden.

20 Jahre leitete Professor Dr. Tilo Held die Rheinischen Kliniken Bonn. „Ich glaube nicht, dass es übertrieben ist, bei einem so langen Zeitraum von einer Epoche zu sprechen. Dies gilt umso mehr, wenn man die Leistungen sieht, die mit Ihrem Dienst in den Kliniken verbunden sind“, sagte Landesdirektor Udo Molsberger. Professor Held setzte einen psychotherapeutischen Zugang zu den Patienten als Basis der Behandlung durch und führte die Familienpflege wieder ein. Dafür wurde ihm 1990 der Hermann-

Simon-Preis verliehen. Für die Politik schloss sich Wilhelm Herbrecht, Vorsitzender des Krankenhausausschusses 1, den Dankesworten an. Nicht etwa in den Ruhestand verabschiedet sich der 63-Jährige: Er geht nach Berlin, um dort die Leitung einer psychiatrischen Klinik zu übernehmen. Damit schlägt Professor Held – so formulierte er es selbst – den kalendarischen Daten, die zum Ruhestand auffordern, noch einmal ein Schnippchen.

„Wie so vieles Gute gehen auch Sie vom Rhein an die Spree“, bedauerte für die Stadt Bonn Bürgermeisterin Dr. Pia Heckes. Als Abschiedsgeschenk der Betriebsleitung und der Mitarbeiter überreichte Jochen Hanschke einen Stich von Bonn an den scheidenden Chef. Die Vorsitzende des Personalrates, Trudi Hihn, betonte, dass Held auch bei unterschiedlichen Meinungen immer nach einer gemeinsamen Lösung gesucht habe. sob



LVR-Chef Molsberger (l.) und der Vorsitzende des Krankenhausausschusses, Herbrecht (r.), bedankten sich bei Professor Held. Foto: Gerhards

Hohe Ehrung für Winfried Schittges

Düsseldorf. – Die hohe Auszeichnung des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wurde am 16. November 2001 an den Vorsitzenden der Landschaftsversammlung des LVR, Winfried Schittges MdL, durch den Präsidenten des Landtages Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, überreicht. In Anwesenheit seiner Familie und zahlreich geladener Gäste, unter denen auch LVR-Chef Udo Molsberger war, hob der Landtagspräsident das Engagement Schittges' in der Sozialpolitik hervor, wo er sich um die sogenannten Randgruppen der Gesellschaft in besonderer Weise kümmerte. Schittges bedankte sich für diese Ehrung, die er für seine herausragenden Verdienste in der Kommunal- und Landespolitik und für sein Ehrenamt bei den Vereinen seiner Vaterstadt Krefeld erhielt, bei seinen



Schittges freute sich sichtlich über die Auszeichnung Foto: Ströter

Weggefährten aus der Politik und dem Vereinsleben. Er habe großes Glück gehabt, dass er politisch aktiv sein könne und ihm bedeute es besonders viel, für eine Zeit lang die Politik gerade auch des Landschaftsverbandes Rheinland mitzugestalten. Er wolle diesen Auftrag „vor allem auch an die Jugend weitergeben“, betonte er in seiner Dankesrede. ja

Entwicklungsplanung für für Körperbehinderten Schulen

Zwei neue Schulen für die Region

Köln. – Einhellige Zustimmung bei der politischen Vertretung fand der erste Schulentwicklungsplan, den der LVR vorgelegt hat: Das Werk umfasst eine genaue Analyse der Raumsituation aller 18 Rheinischen Schulen für Körperbehinderte in der Region und Vorschläge für Sanierungs- und Bauprojekte vor dem Hintergrund derzeitiger und erwarteter Schülerzahlen. Folgenreichste Planung ist der Neubau einer Schule für Körperbehinderte im nordöstlichen Raum von Aachen und einer weiteren Schule nordöstlich der Stadt Duisburg.

Der Investitionsbedarf, den die Analyse der 18 Schulen ergeben hat, umfasst mit den zwei geplanten Neu- und den Erweiterungsbauten rund 80 Millionen DM, so Landesrat Dr. Gert Schönfeld im Schulausschuss. Der Landesrat sagte zu, dass alle Projekte sowohl dem Schul- als auch dem Finanz- und Landschaftsausschuss einzeln vorgelegt werden. Der Leiter des Schulverwaltungsamts, Harald Kuhler, versicherte den Kommunen, die bereits großes Interesse signalisiert hätten, den Schulentwicklungsplan zur Verfügung zu stellen. M.H.